

Essen-Frintrop: Wutbürger gegen Volksverräter und linke Presse – Frintrop ist überall



Wie PI berichtete reißen den bislang friedlichen und fremdenfreundlichen Biodeutschen in Essen-Frintrop mehr und mehr sämtliche Geduldsfäden angesichts der Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität durch das unerträgliche Benehmen der dreisten, ungebetenen und illegalen Flüchtlings-Invasoren aus dem Balkan, die mit einer anderen Kultur (nämlich gar keiner) zu uns kommen, am liebsten für immer hierbleiben und sich von den doofen Deutschen bis ans Lebensende pampern lassen wollen. Da die Kommunalpolitiker zunächst nicht auf die Ängste der Bürger eingingen, lud die Bürgerinitiative „Stadt Essen hintergeht Essener“ am 14. August zur einem Erfahrungsaustausch in eine Gaststätte ein.

(Von Verena B., Bonn)

Gekommen waren weiterhin die Bürgerinitiativen „Glück Auf“ und „Die Demokratische Initiative“, die FB-Gruppen „Frintroper für Frintroper“ sowie besorgte Mütter mit Kindern. Insgesamt waren es etwa 100 bis 120 aufgebrachte und verängstigte Bürger, die gar nicht alle Platz im Saal fanden, sondern vor der Türe bleiben mussten.

Nachdem die Stadtoberen den Vorfall der mutmaßlichen Vergewaltigung einer 14-Jährigen durch einen Asylforderer aus dem Balkan systemkonform unter den Teppich kehrten und entsprechende Anfragen der Frintroper Bürgerinitiative „Stadt Essen hintergeht Essener“ an den Stadtrat nicht zur Kenntnis nahmen, bequemte sich der grüne Ratsherr Walter Wandtke schließlich doch noch zu einer staatstragenden, vorbildlich humanitären Stellungnahme zugunsten illegaler Asylforderer aus dem Balkan, in der es u.a. heißt:

[...] Ihr Bürgerinitiativenname lässt allerdings Zweifel aufkommen, ob sie tatsächlich an einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Handeln der Stadt in der Flüchtlingsfrage und den Unterbringungskonzepten interessiert sind. [...]

Dass es daneben in Deutschland, in Essen oder z.B. im Ortsteil Frintrop eine immer größere Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitslosen und Gutverdienenden gibt, ist eine parallele schwergewichtige Tatsache, die jedoch nicht mit den Mitteln einer repressiven Flüchtlingspolitik gelöst werden kann. Deutschlands Wirtschaft profitiert in erheblichem Maße von den offenen Wirtschaftsgrenzen des europäischen Marktes, läßt aber mangels vernünftiger Steuergesetze zu wenig Gewinne wieder in die Staatskasse zurückfließen. Der deutsche Staat kann andererseits nicht die Vorteile ungehinderter Exportströme in andere Staaten Europas einheimen, ohne zulassen zu wollen, dass auch Menschen sich dann frei über die Grenzen bewegen. Alles andere müsste man sonst als grenzenlosen Egoismus Deutschlands kennzeichnen. [...]

Als Grüne vertreten wir hier die Ansicht, dass Massenunterkünfte mit mehreren Hundert Menschen wie Essen sie in den neunziger Jahren z.B. mit dem Kutel-Lager am Oberhammshof zwischen Werden und Kettwig betrieben hat, keinesfalls wieder eingerichtet werden dürfen. Solche Massenunterkünfte könnten dann tatsächlich die Sozialstruktur und Integrationsfähigkeit eines Stadtteils auf eine schwer lösbare Probe stellen.

Bisher gehen wir Grünen an den vorhandenen Standorten davon aus, dass über Runde Tische, in Zusammenarbeit mit Vereinen vor Ort oder z.B. der Kirchengemeinden kein Anlass dafür besteht, sich Sorgen „über einen Schulweg, der an einem Flüchtlingsheim vorbei“ zu machen und auch Befürchtungen über eine etwa explosive Zunahme von Diebstahlsdelikten nicht zutreffen werden.

Die Zusage der Sozialverwaltung, an den Flüchtlingsheimen für eine täglich 24 Stunden zugängliche Heimbetreuung vor Ort zu sorgen steht. Auch die Polizeistatistiken über Kriminalitätsdelikte im Umfeld solcher Heime weisen keine gravierenden Ausweitungen der Zahlen aus. [..]

Grüne, SPD und Linke wollen außerdem keine „Abschreckungsmaßnahme“ gegen „Roma-Flüchtlinge“, die darin bestehen würde, dass statt der bisher seit Jahrzehnten üblichen Geldleistungen die generelle Ausgabe von Sachleistungen und Mahlzeiten-Catering eingeführt wird („Renzel-Konzept“). Schließlich wolle man die „hierher geflüchteten Menschen nicht unnötig in ihrer selbstständigen Lebensführung einschränken“.

Die nicht geladenen Politiker von den Grünen, von SPD, CDU, FDP, PRO NRW und auch Pro Asyl und die Redakteure Wolfgang Kintscher (NRZ) und Dominika Sagan (WAZ) waren trotzdem gekommen, wurden aber nicht beachtet und befragt. Offenbar waren die Damen und Herren in höchstem Maße irritiert, dass

eine Bürgerbewegung eine solche Veranstaltung ohne die Mitsprache von Politikern und Medienvertretern auf die Beine stellen kann.

Auf der Veranstaltung beklagten sich die Bürger über die wachsende Unsicherheit auf den Straßen und die Verelendung ihres Stadtteils, die ständig wachsende Anzahl von Diebstählen und vor allem von Einbrüchen. Gefährlich für die Kinder seien die Spielplätze, wo sie vor Übergriffen der illegalen Belagerer nicht mehr sicher seien. Die Bürger hatten eine Liste angefertigt, anhand derer sie alle Vorfälle benannten. Besonders gravierend sei auch der Diebstahl von Alteisen und Kupferrohren durch fahrendes Volk und organisierte Diebesbanden aus dem Balkan. Es gab lebhafte Debatten, bei denen es nicht um Fremdenfeindlichkeit sondern um eine Zustandsbeschreibung des Stadtteils und um unerträgliche Zustände ging, unter denen die einheimischen Bürger zu leiden haben. Zusätzliche interessante Hintergrundinformationen lieferte ein aus Mülheim kommender Experte.

Draußen vor der Türe hatte sich die Stimmung der Protestler inzwischen aufgeheizt, denn es gibt gutmütige, leise und zurückhaltende und weniger gutmütige, leise und zurückhaltende Wutbürger. Vor der Tür trafen beide Gruppen aufeinander und sahen sich auch noch einigen linken und grünen Deutschen Hassern gegenüber. Das hatte alternativlos gewisse Unstimmigkeiten zur Folge. Einem Rats Herrn der Grünen, die den großen (alternativlosen) Bevölkerungsaustausch forcieren („Deutschland verrecke“, „Nie wieder Deutschland“, „Deutschland muss von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden“ – Zitat vom grünen Polizistenschläger und Stalin-Verehrer Joschka Fischer, der u.a. mit einer Türkin verheiratet war) wurde offenbar das Handy aus der Hand geschlagen, als er die besorgten Bürger fotografieren wollte. Das geht nun überhaupt gar nicht, denn Hauen, Zusammenschlagen und Brandschatzen dürfen bekanntlich nur linke und grüne Kommunisten, die dem eigenen Volk

grundgesetzwidrig vorschreiben wollen, was es zu tun und zu denken hat. Auch ansonsten ging es vor der Tür recht lebhaft zu. Die Polizei war vor Ort und tat, was sie tun musste. Bei der sich der Versammlung anschließenden, kurzfristig angemeldeten Spontan-Demo trennten sich dann die leisen von den lauten Wutbürgern und marschierten getrennt los – aus Rücksichtnahme allerdings nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am Flüchtlingsheim vorbei.

Die linksgerichtete WAZ, die unter dem Druck der unerträglichen Zustände der Bereicherung durch „Balkan-Flüchtlinge“ inzwischen nicht mehr alles unter den Teppich kehren kann, um nicht noch mehr Leser zu verlieren, war angesichts dieser großen Wut der Bürger sehr erschrocken und reagierte entsprechend.

Außer sich vor Deutschen-Hass und Angst um ihre Posten, wurde die der Funke-Mediengruppe angehörende WAZ im Folgenden noch hysterischer und titelte: „Unerträglich für die Zivilgesellschaft“ sowie: „Rechte Hetze in Frintrop stoppen“.

Die WAZ (deren Chefredakteur Andreas Tyrock vorher übrigens Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers war und der den energischen Chefredakteur Ulrich Reitz ersetzte, der den Leserschwund der Zeitung nicht stoppen konnte) leidet übrigens immer noch an einem unerklärlichen Rückgang ihrer Auflage. Möglicherweise hat CR Reitz die Leser zu sehr gereizt.

Die Frintroper kommentierten empört diese unerhörte Berichterstattung des linken Schmutz- und Lügenblatts, das für die Zivilgesellschaft unerträglich ist. Wir wünschen den Frintropern weiterhin Zivilcourage im „Kampf gegen Links“. Sie handeln ja nach der ursprünglich von den Linken selbst stammenden Kampfparole: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“